



Dr. Matthias Bauer ist Koordinator für internationale Wirtschaftspolitik in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ENTWICKLUNGS- PARTNERSCHAFTEN

DIE BEDEUTUNG DES MITTELSTANDES FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Matthias Bauer

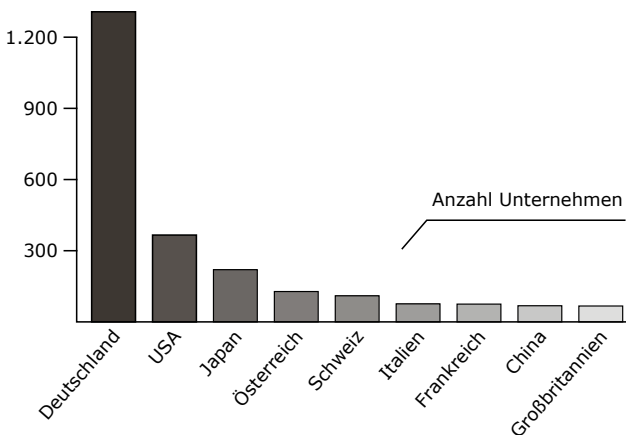
Die Bundesrepublik Deutschland ist heute nicht nur eine der stärksten Wirtschaftsnationen weltweit, sondern auch ein weltoffenes Land mit einer lebendigen Zivilgesellschaft. Die meisten Menschen in Deutschland verfügen über ein Bildungsniveau, das ihnen ein Einkommen am Markt ermöglicht, womit im Regelfall nicht nur der Lebensunterhalt gesichert, sondern auch die materielle Grundlage für individuelle Lebensentwürfe geschaffen ist. Das deutsche System der sozialen Sicherung ist – gerade im Vergleich zu anderen OECD-Ländern – intakt. Zudem ist der Begriff der ökologischen Nachhaltigkeit nicht mehr nur theoretisches Konzept, sondern prägt zunehmend als Handlungsmaxime die deutsche Wirtschaft und deren Innovationstätigkeit.

Verantwortlich für diese Erfolge ist zum einen die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, die unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers und seines Wirtschaftsministers Ludwig Erhard in den Nachkriegsjahren durch verschiedene Gesetze das Fundament für die Soziale Marktwirtschaft schuf. Diese Ausrichtung wurde seitdem beibehalten und lässt sich auf das wirtschaftspolitische Kernziel bringen, der individuellen Freiheit auf dem Markt einen sozialen Ausgleich zur Seite zu stellen. Die beste Wirtschaftspolitik nützt indessen wenig, wenn es an privatwirtschaftlicher Initiative mangelt. Heute bildet ein breites Spektrum aus Unternehmen mit zum Teil Jahrhunderte alter Tradition, Neugründungen der Nachkriegszeit, aber auch innovativen Start-ups das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. An Unternehmertum und Unternehmergeist, so lässt sich festhalten, hat es in Deutschland nie gemangelt.

Der deutsche Mittelstand ist dabei unbestritten eine tragende Säule des Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft. Wenngleich es aufgrund der heterogenen Unternehmenslandschaft *den* Mittelstand¹ auch in Deutschland nicht gibt, taucht der Begriff „German Mittelstand“ immer häufiger in internationalen Diskussionen neben „made in Germany“ und der Sozialen Marktwirtschaft als Gütesiegel auf. Der Mittelstand steht heute für über 15 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Deutschland und ein hohes Innovationspotenzial. Er ist zum Teil stark in den Welthandel integriert (siehe Abb. 1) und macht über die Hälfte der jährlichen Wertschöpfung der Volkswirtschaft hierzulande aus.

Abb. 1

Versteckte Weltmarktführer aus dem deutschen Mittelstand (Stand 2012)



Eigene Darstellung. Quelle: BMWi, Fn. 2.

Die meisten mittelständischen Unternehmen sind familien- oder eignergeführt und zeichnen sich sowohl durch eine langfristige Geschäftspolitik als auch durch eine ausgeprägte Verantwortung gegenüber der Gesellschaft aus.² So erhal-

- 1 | In Deutschland werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit maximal 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen Euro zum Mittelstand gezählt.
- 2 | Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), „German Mittelstand: Motor der Deutschen Wirtschaft. Zahlen und Fakten zu mittelständischen Unternehmen“, 07/2013, <http://bmiwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=506316> [25.06.2014].

ten vier von fünf Auszubildenden ihre berufliche Qualifikation in dieser Unternehmenskategorie. Viele Mittelständler fühlen sich bereits über Generationen hinweg gegenüber ihren Regionen und ihrer Heimat verbunden, sie engagieren sich in Verbänden und agieren als Sponsoren für unterschiedlichste Belange. Der Mittelstand gehört somit zum integralen Bestandteil des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland, „ohne ihn würde der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, zerbröseln“.³

PRIVATWIRTSCHAFTLICHE INITIATIVE IM FOKUS DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist es noch nicht gelungen, gute Regierungsführung zu befördern und damit ein unternehmerfreundliches Geschäftsklima zu schaffen.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern kann ein solider Mittelstand dazu beitragen, zum einen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern und zum anderen auf politischer Ebene demokratische Strukturen zu stabilisieren – gerade im Sinne der Nachhaltigkeit entwicklungspolitischer Instrumente. In vielen dieser Länder ist es der Entwicklungspolitik jedoch noch nicht gelungen, gute Regierungsführung zu befördern und damit ein Geschäftsklima zu schaffen, in dem unternehmerische Initiative und Unternehmensgründungen gedeihen können. In der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gilt der Terminus technicus „Nachhaltigkeit“ seit mehr als 20 Jahren als international anerkanntes Leitprinzip. Es herrscht gemeinhin Einigkeit, dass Entwicklung – zunächst ungeachtet der vielen Facetten, die diesen Begriff auszeichnen – wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig stattfinden soll.⁴

Obwohl sich die EZ-Akteure weltweit auf diese Leitlinien der Nachhaltigkeit verständigt und obwohl diese Prinzipien Eingang in die entwicklungspolitischen Konzeptionen von Regierungen gefunden haben, rufen zahlreiche Misserfolge

3 | Bund Katholischer Unternehmer, „Für eine neue Finanzierungskultur im deutschen Mittelstand“, *Diskussionsbeiträge*, 03/2005, http://bku.de/download?dokument=1&file=72_fuer_eine_neue_finanzierungskultur_im_deutschen_mittelstand.pdf [25.06.2014].

4 | Vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Lexikon der Entwicklungspolitik. Nachhaltigkeit (nachhaltige Entwicklung)“, http://bmz.de/de/service/glossar/N/nachhaltige_entwicklung.html [12.06.2014].

in den Partnerländern Kritik an traditionellen entwicklungspolitischen Praktiken hervor. Die Vorwürfe beziehen sich auf den Abflussdruck auf Seiten der Geberländer und deren Durchführungsinstitutionen, aber auch auf die Bedingungen, zu denen Gelder etwa in Form von Budgethilfen an die Regierungen der Empfängerländer fließen. Zudem wird die Absorptionsfähigkeit in den Empfängerländern aufgrund mangelhafter personeller wie institutioneller Kapazitäten und fehlender Rechtsstaatlichkeit infrage gestellt. Gerade diese Problemfelder haben die Politik in den vergangenen Jahren dazu veranlasst, die klassischen Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit auf den Prüfstand zu stellen.

Nachdem das Thema Unternehmertum und Mittelstand lange Zeit nicht die internationale entwicklungspolitische Agenda bestimmte, scheinen inzwischen viele Akteure der internationalen EZ die Bedeutung von privatwirtschaftlicher Initiative und Unternehmertum für eine nachhaltige Entwicklung erkannt zu haben. So wurde bereits im Jahr 2000 die „Bologna Charter on SME Policies“ von fast 50 OECD- und Nicht-OECD-Ländern verabschiedet. Darin betonen die Regierungen den Stellenwert von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für die Armutsbekämpfung, den technologischen Wandel und den sozialen Fortschritt. Die zentralen Empfehlungen zielen daher auf die Förderung und Verbesserung des Geschäftsumfeldes ab, in dem Unternehmen entstehen, wachsen und expandieren können: Schaffung stabiler makroökonomischer Rahmenbedingungen, Abbau administrativer Hürden für mittelständische Unternehmen, Förderung und Verankerung unternehmerischen Denkens in der Gesellschaft sowie die Förderung von KMU mit finanziellen Mitteln.⁵ Viele dieser Empfehlungen finden sich inzwischen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wieder. Entwicklungspolitische Instrumente zielen in den Partnerländern auf die Förderung von Unternehmensgründungen und -ansiedlungen, verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten (unter anderem ein günstiger Zugang zu Mikrokrediten) sowie die Befähigung der Menschen durch berufliche Aus- und

Die „Bologna Charter on SME Policies“ betont den Stellenwert von kleinen und mittleren Unternehmen für die Armutsbekämpfung, den technologischen Wandel und den sozialen Fortschritt.

5 | Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), „Declaration: The Bologna Charter on SME Policies“, 15.06.2000, <http://acts.oecd.org/Instruments/ShowInstrumentView.aspx?InstrumentID=153> [11.06.2014].

Weiterbildung. Darüber hinaus werden in breit angelegten Studien verstärkt Best Practice-Beispiele identifiziert, um dadurch einen Wissenstransfer, aber auch die an lokale Bedürfnisse angepasste Anwendung der unterschiedlichen Förderpraktiken zu ermöglichen.⁶

Auch Deutschland und die Europäische Union haben sich der Förderung des Privatsektors in den Entwicklungs- und Schwellenländern verschrieben. Die Europäische Kommission arbeitet eng mit den Partnerländern zusammen, um gemeinsam entsprechende Politikempfehlungen zu erarbeiten und Programme umzusetzen. Für diese KMU-Fördermaßnahmen stellte Brüssel in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt jährlich etwa 350 Millionen Euro bereit. Schwerpunktmäßig engagierte sich die Europäische Kommission dabei in der Entwicklung und Bereitstellung von innovativen Finanzierungsinstrumenten sowie unternehmensspezifischen Energieeffizienzprojekten.⁷

Mit Blick auf die deutsche EZ hat in der vergangenen Legislaturperiode (2009 bis 2013) die von Christdemokraten, Christsozialen und Liberalen getragene Bundesregierung zahlreiche Reformen umgesetzt, die auf die Erhöhung der Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik ausgerichtet waren. Unter dem damaligen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP), mündete der in diesem Politikfeld konstatierte Reformstau in verschiedenen institutionellen wie strukturellen Neuerungen. Neben organisatorischen Veränderungen wurde auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, mit den politischen Stiftungen, mit der katholischen und evangelischen Kirche, aber vor allem mit der Wirtschaft konzeptionell erweitert.⁸ Niebel folgte damit dem Auftrag

6 | Vgl. OECD, „LEED Programme (Local Economic and Employment Development)“, <http://www.oecd.org/cfe/leed/projects/2013-14.htm> [12.06.2014].

7 | Vgl. Europäische Kommission, „A Stronger Role of the Private Sector in Achieving Inclusive and Sustainable Growth in Developing Countries. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions“, 13.05.2014, http://ec.europa.eu/europeaid/what/economic-support/private-sector/documents/psd-communication-2014_en.pdf [26.06.2014].

8 | BMZ, „Gute OECD-Zahlen für Niebels Entwicklungszusammenarbeit“, 11.01.2013, <http://bmz.de/20130111-1> [12.06.2014].

des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP, dass eine „nachhaltige Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten“ einer „engen Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft“ bedarf.⁹ Mit Blick auf das Wissen und das Know-how deutscher Unternehmen betonte Niebel mehrfach, dass die deutsche Entwicklungspolitik enger mit der Außenwirtschaftspolitik verzahnt werden müsse.¹⁰



Für die Förderung des Mittelstands in den Partnerländern hat die EU-Kommission, hier der zuständige Kommissar Andris Piebalgs auf einer Konferenz in Burundi 2012, in den vergangenen zehn Jahren etwa 3,5 Milliarden Euro bereit gestellt. | Quelle: Jean-Marc Ferré, VN, flickr ©1130.

Die Reaktionen auf den neuen Kurs des BMZ waren vielschichtig. Zum einen äußerten Nichtregierungsorganisationen Befürchtungen, das Entwicklungsministerium würde verstärkt die außenwirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik vertreten und auf die Weise zum Instrument für die Förderung der Außenwirtschaft werden.¹¹ Zum an-

9 | Bundesministerium des Innern, „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode“, 28.10.2009, <http://bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf> [26.06.2014].

10 | Jule Reimer, „Die Revolution steht noch aus. Bundestagswahl 2013: Vier Jahre Entwicklungspolitik unter Dirk Niebel“, *Deutschlandfunk*, 17.07.2013, http://deutschlandfunk.de/d.724.de.html?dram:article_id=254354 [12.06.2014].

11 | Vgl. Interview mit Claudia Warning: Elvira Treffinger, „Wir erwarten, dass sich Niebel zu Armutsbekämpfung bekennt“, 01.11.2009, <http://evangelisch.de/themen/politik/wir-erwarten-dass-sich-niebel-zu-armutsbekaempfung-bekannt> 5933 [13.06.2014].

deren warfen Vertreter der Partei Bündnis90/Die Grünen dem verantwortlichen Minister vor, nicht „als Anwalt der Armen aufzutreten“, sondern als „verlängerter Arm der deutschen Wirtschaft“.¹² Indessen begrüßte die deutsche Wirtschaft den Politikwechsel und verwies auf die beiderseitigen Gewinne, die aus einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Geber- und den Partnerländern resultieren können. „Jede Kritik daran ist unangebracht. Wirtschaftsfreundliche Entwicklungshilfepolitik nutzt den Entwicklungsländern und den Arbeitsplätzen in Deutschland“,¹³ hieß es beispielsweise vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).



Mit Blick auf das Wissen und das Know-how deutscher Unternehmen betonte der ehemalige Bundesminister Dirk Niebel, hier bei der Verleihung des Medienpreises der Deutschen Entwicklungspolitik 2013, die entwicklungspolitische Rolle der Außenwirtschaftspolitik. | Quelle: Thomas Ecke, Deutsche Welle ©©©.

Im Rahmen der aktuellen Arbeit des BMZ zur Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft liegt der Fokus auf Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen, da diese den Großteil privater Unternehmen in den Partnerländern ausmachen.

12 | Bündnis90/Die Grünen, „Minister Niebel – Egotrip statt Brückenbauer“, 19.04.2013, <http://gruene.de/presse/minister-niebel-egotrip-statt-brueckenbauer.html> [13.06.2014].

13 | BDI, „Chancen in der Entwicklungszusammenarbeit“, 13.01.2010, http://bdi.eu/Wirtschaftskooperation_Chancen-fuer-die-deutsche-Wirtschaft-in-der-Entwicklungszusammenarbeit.htm [13.06.2014].

Zudem wird innerhalb des Ministeriums die Meinung vertreten, dass gerade solche Unternehmen den ärmeren Bevölkerungsgruppen Beschäftigungs- und damit Einkommensmöglichkeiten eröffnen.¹⁴ In einer Zwischenevaluation der OECD aus dem Jahr 2010 wurden die Reformen des BMZ, insbesondere der stärkere Fokus auf den Privatsektor, positiv gewürdigt. Gleichzeitig wurde empfohlen, die Förderprogramme für den Privatsektor auszubauen.¹⁵

WO VORBEHALTE VERBREITET SIND, IST DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK GEFORDERT

Zwar ist in der Entwicklungspolitik die Einsicht angekommen, dass privatwirtschaftliche Initiative und besonders KMU mit Investitionen wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Beschäftigung schaffen, wodurch die Grundlagen für Entwicklung im weiteren Sinne entstehen. Doch werden Begriffe wie Unternehmertum und Marktwirtschaft immer wieder misstrauisch betrachtet. Es ist ein offenes Geheimnis, dass viele etablierte Akteure der Entwicklungszusammenarbeit gerade die Rolle privatwirtschaftlicher Initiativen und damit auch die Rolle des Mittelstandes immer noch kritisch betrachten. In der Folge wurde das Thema „Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft“ gegenüber anderen entwicklungspolitischen Instrumenten in der Vergangenheit eher stiefmütterlich behandelt.

Viele etablierte Akteure der Entwicklungszusammenarbeit betrachten die Rolle privatwirtschaftlicher Initiativen und damit auch die Rolle des Mittelstandes immer noch kritisch.

Es gibt sicherlich Gründe, warum privatwirtschaftliche Initiative in der Entwicklungszusammenarbeit einen vergleichsweise schweren Stand hat. Dem Markt als Heilsbringer in den Entwicklungsländern wird auch deshalb mit Skepsis begegnet, weil es den Kritikern an negativen Beispielen nicht mangelt. Schlagworte wie Lebensmittel-spekulation, Landvertreibung, menschenunwürdige und ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne – nicht nur in der Textilwirtschaft – und vor allem Korruption

14 | Vgl. BMZ, „Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung. Förderung der Privatwirtschaft“, http://bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/nachhaltige_wirtschaftsentwicklung/privatwirtschaftsfoerderung [12.06.2014].

15 | Vgl. BMZ, „OECD-Empfehlungen geben Niebel Rückenwind für Reformen“, 27.10.2010, <http://bmz.de/20101027-1> [12.06.2014].

Dass Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern nur durch starke privatwirtschaftliche Aktivitäten möglich ist, wird von wirtschaftskritischen Stimmen verschwiegen.

machen zu Recht die Runde. Korruption wird durch das Zusammenspiel schlechter Regierungsführung und privatwirtschaftlicher Interessen befeuert. Eliten bereichern sich, manifestieren dadurch ihre Macht und behindern Entwicklung.¹⁶ Die Gegner von mehr Markt und mehr Unternehmertum entwerfen eine vereinfachte Argumentation, wonach es die privatwirtschaftlichen Interessen sind, die eine Verminderung von Armut und Hunger, die Schaffung nachhaltiger Bildungs- und Berufschancen sowie demokratische Partizipationsmöglichkeiten und soziale Teilhabe unterminieren. Auch in der innenpolitischen Debatte in Deutschland werden derartige Beispiele regelmäßig und häufig polarisierend vorgetragen.¹⁷ Dass viele Aktivitäten privater Unternehmen wichtige Entwicklungsbeiträge geleistet und diese Unternehmen weltweit auch zur Halbierung der Armut seit 1990 beigetragen haben – dem zentralen Millenniumsentwicklungsziel bis 2015 –, dass wirtschaftliches Wachstum gerade in den Entwicklungsländern nur auf der Grundlage starker privatwirtschaftlicher Aktivitäten aus dem In- und Ausland möglich ist, wurde und wird von wirtschaftskritischen Stimmen bewusst verschwiegen.

ERWEITERUNG DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN INSTRUMENTENKASTENS

Die entwicklungspolitische Debatte hat indessen auch gezeigt, dass privatwirtschaftliche Initiative in der Entwicklungszusammenarbeit keinen untergeordneten Platz einnehmen darf. Bei den politischen Entscheidungsträgern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine gesunde und agile Privatwirtschaft eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, Armut und Hunger dauerhaft zu überwinden und wirtschaftliche Konvergenz, also das Aufschließen zu den entwickelten Ländern und Industrienationen, überhaupt erst zu befördern. Anders ausgedrückt: Wenn Märkte von vernünftigen Regelwerken begleitet werden, wenn Menschen-

16 | Vgl. The Advisory Board for Irish Aid, „Good governance, aid modalities and poverty reduction. From better theory to better practice“, 02/2008, <http://odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/2265.pdf> [25.06.2014].

17 | Vgl. Heike Hänsel, „Herr Niebel, Sie sind ein Verhinderungsminister“, Bundestagsrede, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 26.04.2013, <http://linksfraktion.de/reden/herr-niebel-sind-verhinderungsminister> [13.06.2014].

rechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden, dann bringt unternehmerische Initiative den wirtschaftlichen Konvergenzprozess voran. Inwiefern der vom damaligen Bundesminister Niebel eingeschlagene Weg weitergegangen wird, darüber kann man gegenwärtig nur spekulieren. Obgleich der Koalitionsvertrag von 2013 zwischen CDU, CSU und SPD den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft explizit als Ziele der deutschen Entwicklungspolitik nennt, wird weder die Bedeutung des Unternehmertums noch die Rolle der deutschen Privatwirtschaft konkret thematisiert.¹⁸ In seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag betonte der amtierende Bundesminister für Entwicklung, Dr. Gerd Müller (CSU), dass Deutschland eine „werteorientierte Entwicklungspolitik“ verfolgen müsse, wobei Entwicklung den Menschen und nicht ausschließlich „den Märkten und der Wirtschaft“ dienen müsse. Müller verwies zudem darauf, dass „der freie Markt ohne jegliche Kontrolle nicht unser Leitbild“ sei, dass der „Wachstumsbegriff neu definiert“ werden und in Zukunft global „mit weniger mehr“ produziert werden müsse.¹⁹ Ob die Rolle der Privatwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik weiterhin gestärkt wird und welchen Fußabdruck eine neue werteorientierte Entwicklungspolitik hinterlässt, wird sich zeigen müssen. Beide Ziele schließen sich nicht aus. Schließlich steht gerade der deutsche Mittelstand für ein werteorientiertes Unternehmertum. Damit wäre die Stärkung des Privatsektors in der Entwicklungspolitik prinzipiell auch zukünftig im Interesse der deutschen Entwicklungspolitik.

Auf den Errungenschaften vorangegangener Initiativen zur stärkeren Einbindung der Privatwirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit kann dabei aufgebaut werden. In Förderprogrammen des BMZ wird der deutsche Mittelstand seit Ende der 1990er Jahre in verschiedenen Modalitäten der Zusammenarbeit berücksichtigt. Eine wichtige

18 | CDU, „Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode“, 27.11.2013, <http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> [13.06.2014].

19 | BMZ, „Gerd Müller im Parlament: Erste Rede als Bundesminister“, 29.01.2014, <http://bmz.de/20140129-2> [12.06.2014].

Rolle spielen die Entwicklungspartnerschaften, d.h. „Kooperationsprojekte zwischen Akteuren aus dem öffentlichen Sektor, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, bei denen die beteiligten Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Ziel Nachhaltiger Entwicklung zu erreichen.“²⁰ Ziel dieser Partnerschaften ist es nicht nur, privates Kapital verstärkt zu mobilisieren, sondern vor allem die Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel zu erhöhen. Darüber hinaus soll der deutsche Mittelstand in

Durch Investitionen in den Entwicklungsländern entstehen Arbeitsplätze direkt vor Ort, und ein nachhaltiger Know-how- und Technologietransfer erfährt wichtige Impulse.

die Lage versetzt werden, seine Geschäftstätigkeiten international weiter auszubauen. Zum beiderseitigen Vorteil wird in der Folge die Wirkung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gestärkt: Durch Investitionen in den Entwicklungsländern entstehen Arbeitsplätze direkt vor Ort, ein nachhaltiger Know-how- und Technologietransfer erfährt wichtige Impulse. Zudem werden im Zuge der Qualifizierung von Mitarbeitern dauerhafte Bildungs- und Berufschancen geschaffen. Dies ist deshalb wichtig, weil (halb-)staatliche Durchführungsorganisationen die Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeitern, aber auch die Vermittlung moderner Managementmethoden allein nicht oder nur schwer leisten können.

Das BMZ unterscheidet bei den Entwicklungspartnerschaften zwischen zwei Kooperationsformen: erstens Vorhaben von Unternehmen mit Durchführungsorganisationen der EZ und zweitens gemeinsame Vorhaben von Unternehmen und öffentlichen Partnern der EZ. Voraussetzung ist stets, dass das betriebswirtschaftliche Interesse im Einklang mit dem öffentlichen, entwicklungspolitischen Interesse ist und nicht zuletzt den Nachhaltigkeitszielen entspricht. Im Rahmen der vom BMZ forcierten Entwicklungspartnerschaften hat sich seit 1999 das Programm develoPPP etabliert. Damit bietet das Ministerium Unternehmen, die sich in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren wollen, finanzielle und fachliche Unterstützung an. Die drei öffentlichen Partner, die develoPPP im Auftrag des BMZ umsetzen, sind die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Deutsche Gesellschaft für Internationale

20 | BMZ, *Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – Kooperationsformen. Ein Positionspapier des BMZ*, 31.03.2011, http://bzm.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier304_05_2011.pdf [18.06.2014].

Zusammenarbeit (GIZ) sowie die sequa gGmbH. Seit Programmbeginn wurden gemeinsam mit der deutschen und der europäischen Wirtschaft mehr als 1.500 Entwicklungspartnerschaften durchgeführt.²¹ Der finanzielle Umfang von develoPPP ist vergleichsweise niedrig und eignet sich daher tendenziell für kleine und mittlere Unternehmen mit einem überschaubaren Investitionsbedarf. Um gefördert zu werden, muss ein Unternehmen mindestens die Hälfte der Gesamtprojektkosten tragen, das Ministerium steuert noch einmal bis zu 200.000 Euro bei. Gefördert werden vor allem Investitionen in den Sektoren Landwirtschaft, Energie, Umwelt und berufliche Bildung.

Unternehmerisches Engagement leistet entwicklungspolitische Pionierarbeit

Die geförderten Projekte sind vielfältig. So wurde beispielsweise ein deutscher Textilhersteller, der im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu 400 Mitarbeiter beschäftigt, beraten und finanziell unterstützt. Zusammen mit sequa und zwei indischen Colleges hat der Hersteller ein Qualifizierungsprogramm für Logistik und Materialwirtschaft weiterentwickelt, um damit die Qualität in den Bereichen Produktion und Lieferung zu gewährleisten. Von der Ausbildung profitieren nicht nur die eigenen Mitarbeiter, sondern auch die Beschäftigten anderer Unternehmen in Tamil Nadu. Die Kooperationspartner arbeiten gemeinsam an der Entwicklung der Lehrpläne und der Ausbildung von indischen Lehrkräften. Im Rahmen von Betriebspraktika können die Auszubildenden das Erlernte in der Praxis unter Beweis stellen.²²

Ein weiteres Beispiel findet sich auf Sansibar. Sauberes Trinkwasser müssen die Inselbewohner größtenteils vom tansanischen Festland importieren, was aufwendig und kostspielig ist. Ein deutsches Unternehmen hat diesen Engpass erkannt und zusammen mit der GIZ eine wind- und solarbetriebene Entsalzungsanlage entwickelt und

21 | Vgl. GIZ und BMZ, „develoPPP – Das Programm“, <http://develoPPP.de/de/content/das-programm> [18.06.2014].

22 | Vgl. GIZ und BMZ, „Referenzen. Mit Ausbildung stark im internationalen Wettbewerb“, <http://develoPPP.de/de/content/mit-ausbildung-stark-im-internationalen-wettbewerb> [19.06.2014].

aufgebaut, die Meerwasser zu Trinkwasser filtert. Bereits seit 2011 arbeitet die GIZ mit diesem Unternehmen in einer Entwicklungspartnerschaft zusammen, um die Technologie den lokalen Anforderungen anzupassen. Nahe Sansibar-Stadt wurde eine erste Entsalzungsanlage entwickelt und gemeinsam mit der lokalen Kommune ein tragfähiges Betreibermodell konzipiert. Gegenwärtig versorgt diese Anlage etwa 600 Einwohner. Insbesondere ärmere Haushalte profitieren nun vom günstigeren Trinkwasser. Zudem ist das Geschäftsmodell nachhaltig: Innerhalb von vier Jahren werden sich die Kosten für die Anlage amortisiert haben,²³ ferner resultieren daraus positive Nebeneffekte etwa im Bereich Gesundheit.



In Indien arbeiten deutsche Unternehmen mit Colleges zusammen, um Qualifizierungsprogramme für die Logistik und die Materialwirtschaft in der Textilindustrie zu entwickeln. | Quelle: Jessica Steiner, Fabrics For Freedom, flickr ©.

In der indischen Stadt Pune hat ein deutsches Familienunternehmen Pionierarbeit im industriellen Umweltschutz geleistet. Im Rahmen eines Umweltschutznetzwerks mit fünf weiteren Firmen wurde auf die Absenkung des Treibhausgasausstoßes sowie die Senkung des Wasser- und Energieverbrauches der Betriebe hingearbeitet. Die beteiligten Unternehmen wurden zunächst für einen verantwortungsvollen Umgang mit Abfall, Abwasser und Gefahrenstoffen sensibilisiert. Das Umweltbewusstsein ihrer Mitarbeiter wurde durch Schulungen und Beratungsangebote gestärkt.

23 | Vgl. GIZ und BMZ, „Wind und Sonne für sauberes Trinkwasser“, <http://developp.de/de/content/wind-und-sonne-für-sauberes-trinkwasser> [19.06.2014].

Gemeinsam wurden Umweltmanagementpläne aufgestellt, die das Know-how langfristig in den beteiligten Unternehmen verankern sollen.²⁴ Das damit verbundene Umdenken unter den Beschäftigten hat zu spürbaren Kostensenkungen in den Betrieben geführt. Das Projekt wurde von der DEG anteilig im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft finanziert. Durch die DEG wurde es auch möglich, weitere Unternehmen in dieses Netzwerk einzubinden, was die Ausstrahlungskraft des Projekts in der Region erhöht.

In Kolumbien baute ein fränkisches Unternehmen zusammen mit der nationalen Bildungseinrichtung Servicio Nacional de Aprendizaje (SENA) ein Photovoltaik-Kompetenzzentrum auf, in dem sich lokale Fachkräfte weiterbilden können. Im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft mit sequa wurden dabei zwei Photovoltaik-Anlagen sowie eine On-Grid-Anlage in Bogotá und eine Off-Grid-Anlage in Puerto Carreño errichtet. Die lokalen Partner nutzen diese Anlagen für Lehre und Forschung, aber auch für die Qualifizierung von Multiplikatoren und Fachkräften. Gerade über die Multiplikatoren gelangt praxisnahes Fachwissen in die Universitäten und Unternehmen. Dadurch wird auch die Diffusion der erneuerbaren Energien, insbesondere des Solarstroms, in Kolumbien vorangetrieben.²⁵

ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFTEN MIT DEM DEUTSCHEN MITTELSTAND SIND AUSBAUFÄHIG

All diese Projekte zeigen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch die Fokussierung auf die Förderung privatwirtschaftlicher Initiative unternehmerisches Wissen und Kapital in die Partnerländer bringt. Die Lebensbedingungen in diesen Ländern werden zum einen nachweislich verbessert. Zum anderen entstehen vor Ort Unternehmen, die langfristig und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und ihre Mitarbeiter durch Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme dazu befähigen, dauerhaft ein Einkommen zu erzielen und damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Darüber hinaus wird wertvolle organisatorische und

24 | Vgl. BMZ, „Industrieller Umweltschutz im Netzwerk“, <http://developp.de/de/content/industrieller-umweltschutz-im-netzwerk> [19.06.2014].

25 | Vgl. Sequa, „Kolumbien: Nachhaltiger Technologietransfer im Bereich Photovoltaik“, <http://sequa.de/index.php?view=article&id=1235> [19.06.2014].

technische Expertise vermittelt und zukunftsfähige Technologien können dort zum Einsatz kommen, wo sie dringend benötigt werden. Auch die hohen Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards, für die deutsche Unternehmen stehen, können in den Partnerländern dazu beitragen, dass die häufig darunter liegenden gesetzlich geforderten Mindeststandards sukzessive angehoben werden. Deutsche Mittelständler, die in den Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber der Gesellschaft bewusst mit großer Verantwortung unternehmerisch handeln, können durch ihre Vorreiterrolle somit dazu beitragen, die Globalisierung gerechter zu gestalten.

Am 26. Juni 2013 hat die deutsche Bundesregierung den Regierungsentwurf über den Haushalt 2014 verabschiedet. Die Ausgaben des BMZ sollen demnach im Jahr 2014 knapp 6,3 Milliarden Euro betragen. Für die klassischen auf den Mittelstand fokussierten Entwicklungspartnerschaften stehen knapp 80 Millionen Euro zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil von 1,3 Prozent am Gesamtbudget des BMZ. Wenngleich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auch im Rahmen von Maßnahmen, die aus anderen Haushaltstiteln finanziert werden, gefördert wird, spricht diese Zahl für sich: Entwicklungspartnerschaften mit der mittelständischen Wirtschaft sind deutlich unterrepräsentiert.²⁶

Die zahlreichen Vorteile, die aus einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungspolitik und Mittelstand resultieren, liegen auf der Hand und sind selbst von den Kritikern privatwirtschaftlicher Initiative in den Entwicklungsländern kaum abzustreiten. Inwiefern die Rolle des Mittelstands in der deutschen Entwicklungspolitik weiterhin Beachtung finden wird und welchen Stellenwert dieser neben anderen entwicklungspolitischen Instrumenten und Programmen künftig einnimmt, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass der Mittelstand mit seinem Qualitätsbewusstsein und seinem Engagement für soziale Belange nicht nur in der Heimat, sondern weit darüber hinaus entwicklungspolitische Akzente setzt. Dieses Potenzial gilt es weiter auszubauen.

26 | Vgl. Venro, „Regierungsentwurf über den Haushalt 2014“, 28.06.2013, http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/2013_Kurzinformation_Haushalt_2014.pdf [19.06.2014].